Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 72. | Dresden, Montag den 31. März 1913. | 24. Jahrg.

Die Presse der bürgerlichen Parteien spricht sich zur Heeresvorlage überwiegend zustimmend aus. Die Deckungsvorlagen begegnen mannigfacher Kritik. Am meisten Befriedigung zeigt die konservative und klerikale Presse.

Eine Note der Mächte, die dringend zum Friedensschluß rät, soll der Pforte morgen überreicht werden.

Der Sturm auf Adrianopel kostete die Bulgaren 12000 Mann.

Der türkische Ministerrat beschloß den Kampf fortzusetzen, solange Bulgarien auf der Grenzlinie Midia—Rodosto beharre.

In Petersburg wurden 5000 Werftarbeiter ausgesperrt.

Die Parteien und die Militärvorlage.

Die Stellungnahme der Parteien zur Militärvorlage tritt zunächst nur in den Erörterungen ihrer Presse zutage, die im allgemeinen keine Ueberraschungen bringen. Daß die konservative und die nationalliberale Partei mit Hurra bereit ist, die Vermehrung des Heeres um 138 000 Köpfe zu bewilligen, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Die Presse des Zentrums und des Fortschritts findet sich, soweit bis jetzt zu übersehen, unter leisem Knurren mit dem Schicksal ab. Man redet von Aufklärungen, die man noch erwartet, von Abstrichen, Ersparnissen, die vielleicht möglich sein könnten, hütet sich aber, ein Wort zu sprechen, das den Fraktionen die Annahme der Vorlage in Bausch und Bogen erschweren könnte. Eine Ausnahme unter den größeren Blättern bildet nur die Frankfurter Zeitung, die ihr tiefes Mißbehagen nicht verbirgt und offen ausspricht, daß die Vorlage wegen der Höhe der Forderungen scharfen Widerspruch im Reichstag finden müsse. Der Reichstag, meint sie, würde geradezu gewissenlos handeln, wenn er sich der Pflicht strengster Prüfung entziehen wollte. Aber ein letztes Wort will auch die Frankf. Ztg. nicht aussprechen, auch sie hütet sich, die Fortschrittspartei zur glatten Ablehnung der Vorlage aufzufordern, da sie weiß, daß sie damit tauben Ohren predigen würde.

Zeigt sich die bürgerliche Opposition gegen die Militärvorlage demnach schwächlich und vollkommen entmutigt, so entlädt sich der angesammelte Aerger desto lebhafter in der Richtung gegen die neuen Finanzvorlagen. So wird der arme Schatzsekretär zum Prügeljungen des unverletzlichen Kriegsministers. Die fortschrittliche wie die nationalliberale Presse übt an seinen Vorlagen die schärfste Kritik. Aber auch die konservative Presse hat es nach einer kurzen Pause der Ueberlegung für gut befunden, ihre geistige Mitvaterschaft an diesem Wechselbalg zu verleugnen und mit nicht geringer Heftigkeit auf ihn loszuschlagen. Natürlich richtet sich das absprechende Urteil der Konservativen nicht dagegen, daß die Steuervorlagen nicht die erforderliche Heranziehung des Besitzes bringen, vielmehr dagegen, daß, wenn auch nur für einen ganz entfernten und sicherlich niemals sich verwirklichenden Fall, mit dem Vermögenszuwachs auch die Erbschaften zu den laufenden Reichsausgaben herangezogen werden könnten. Die Kreuzzeitung wendet sich auch gegen den Entwurf über das Erbrecht des Staates, in dem der Grundsatz der Unantastbarkeit des Besitzes aufgegeben wird. Die Kreuzzeitung schließt ihre Betrachtung drohend: „Schwere Kämpfe werden unvermeidlich sein.“ Es ist ganz offensichtlich, daß der Zorn der Konservativen nichts ist als künstliche Mache. Tatsächlich sind die Konservativen sehr froh, daß es ihnen gelang, die Regierung Bethmann unter ihre Befehle zu drücken. Sie heucheln jetzt Unzufriedenheit, um die Verbesserung der Steuergesetze durch den Reichstag zu hintertreiben!

Nimmt man dazu, daß auch die Zentrumspresse bei aller schlauen Zurückhaltung doch mannigfache schwere Bedenken äußert, so kann man sagen: der Deckungsvorschlag der verbündeten Regierungen ist heute schon erledigt; es wird von ihm kein Stein auf dem andern bleiben.

Einstweilen ist zur Deckung der Militärvorlage, besonders der fortdauernden Ausgaben, auch nicht eine einzige Mark sichergestellt! Regierungen und bürgerliche Parteien stehen gegeneinander, wann und wie eine Einigung erzielt werden soll, ist nicht abzusehen. Am 1. Oktober sollen aber schon die neuen Soldaten in Uniform gesteckt werden. Wird der Reichstag wirklich — wie schon geflüstert wird — dem Militarismus ein paar Milliarden bewilligen und die Beratung, woher sie genommen werden sollen, auf den Herbst vertagen?

• • •

Stimmen der Presse.

Die Kreuzzeitung (konservativ) führt u. a. aus:

„Mit uneingeschränkter Freude muß Kenntnis davon genommen werden, daß das neue Gesetz die vollkommene Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht vorsieht. . . .

Der Wehrbeitrag, mit dem man sich abgefunden hat, sowohl wie die vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer, mit der man sich schwer wird abfinden können, ebenso das Erbrecht des Reiches, das kaum annehmbar erscheint, alle diese Steuern sprengen in gewissem Sinne den Rahmen derjenigen Besteuerung, die man bisher für gerechtfertigt und für billig gehalten hat. . . . Der Grundsatz der Unantastbarkeit des Privatbesitzes ist aufgegeben, der zum Schutze des Besitzes bestellte Staat greift selbst den Besitz an. Das ist ein Novum. Es ist eine Tatsache, deren Bedeutung gar nicht stark genug betont werden kann. Es wird gewiß der Ausnahmecharakter der vorgeschlagenen Maßnahmen betont. Das ist notwendig. Wenn andernfalls wären alle die vorgeschlagenen Gesetze unannehmbar. . . .

Solche Erwägungen trüben einigermaßen die Freude an der Bereitwilligkeit, dem Wehrbeitrag zuzustimmen, und an der Ausgestaltung der übrigen Deckungsvorlagen zu arbeiten. Daß die konservative Partei in dem festen Willen, dem Reich die für die Armeevermehrung notwendigen Erträge zu schaffen, an den Steuergesetzen arbeiten wird, bedarf keiner Betonung.

Die Tatsache, daß das Besitzsteuergesetz nur für einen Eventualfall vorgesehen ist, beweist wohl, daß es im Bundesrat als einheitliches Reichsgesetz eine annehmbare Mehrheit nicht gefunden hat. Und das mit Recht. Eine Vermögenszuwachssteuer, die sich unmittelbar gegen die Vermehrung des Wohlstandes, gegen Sparsamkeit und Fleiß richtet, ist nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch sittlich bedenklich. . . .

Vollends unbegreiflich aber ist, wie man die Besteuerung des Gatten- und Kindererbes in den Besitzsteuervorschlag des Reichs hat aufnehmen können. Es mußte unter allen Umständen vermieden werden, den noch keineswegs versöhnten bürgerlichen Parteien gerade bei dieser Gelegenheit aufs neue das alte Zankobjekt zu bieten. . . . Der Zankapfel ist geworfen und gesehen worden. Für uns kommt es nicht an auf die Höhe, nicht auf die Form der Besteuerung des Gatten- und Kindererbes, sondern auf die Sache selbst. Darüber haben wir niemals einen Zweifel gelassen. Für uns heißt es hier: Principiis obsta!

Mit der Aufbringung der geforderten Summe durch eine Besteuerung des Besitzes in den Bundesstaaten mag man einverstanden sein, wenn auch schweren Herzens angesichts der Höhe der Summe. Die Durchführung im einzelnen wird noch erhebliche Schwierigkeiten machen, und es werden schwere Kämpfe unvermeidlich sein.“

Die Deutsche Tageszeitung (konservativ):

„Die Heeresvorlage ist ihrem Umfange nach die größte, die jemals dem Deutschen Reichstage vorgelegt worden ist. Jeder, der die Zeichen der Zeit erkennt und das Deutsche Reich deshalb so stark wie möglich machen will, um allen Gefahren der Zukunft gewachsen zu sein, wird es mit voller Befriedigung begrüßen, daß auf diese Weise die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland zur vollen und uneingeschränkten Durchführung gelangen soll. . . .

Die Deckungsvorlagen finden, was ja an sich erklärlich genug ist, eine vielfach recht geteilte Aufnahme. Wenn allerdings freisinnige Blätter sich zu der Behauptung versteigen, die Vorschläge zur Deckung der dauernden Ausgaben bedeuteten eine Unterwerfung der Regierung unter den Willen der Konservativen und des Zentrums, so kann man schon angesichts der Tatsache, daß sie nicht nur die grundsätzliche Einführung der direkten Erbschaftssteuer und des Reichserbrechts bringen, sondern auch jede Heranziehung der Börse ängstlich vermeiden, ein derartiges Gerede — sehr höflich gesagt — nicht einen Augenblick ernst nehmen. Wie berichtet wird, hat denn auch die Börse die Vorlagen mit einer deutlichen Befriedigung aufgenommen; ein sichtbares Zeichen dafür, daß sie selber Befürchtungen gehegt hatte, die allerdings überaus nahe liegen mußten!“

Kölnische Zeitung (nationalliberal):

„Im Interesse eines reinlichen Verhältnisses der Reichs- und Staatsfinanzen und auch im Interesse der allgemeinen Politik würde es ja liegen, wenn das Reich von sich aus eine Besitzsteuer einführte und damit eine seit den Steuerkämpfen von 1909 vielberedete Forderung erfüllte. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die Lösung der Besitzsteuerfrage durch das Reich, einmal wegen der Widerstände der einzelstaatlichen Finanzminister, dann aber auch wegen der äußerst angespannten parteipolitischen Lage im deutschen Reichstag, schier unüberwindliche Schwierigkeiten bietet. . . .

Wenn nicht alles täuscht, wird aber der Kampf um den Wehrbeitrag am erbittertsten sein. Der Gedanke ist zwar sehr günstig aufgenommen worden, und das endgültige Schicksal wird sicher sein, daß die einmalige Wehrabgabe im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen werden wird. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß man den Wehrbeitrag in der Weise hinnehmen wird, wie ihn sich die Regierungen heute denken. . . . Eine glückliche Lösung des Wehrbeitragsgesetzes kann sehr viel beitragen zur Befriedigung im Volke. Eine unglückliche aber, die vom Volke als ungerecht empfunden wird, wird neue Erbitterung bringen.“

In der Nationalzeitung (nationalliberal) **sagt der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Weber:**

„Die bürgerlichen Parteien werden darin einig sein, der Regierung diejenigen Forderungen zu bewilligen, welche erforderlich sind, um unser Reich in voller Leistungsfähigkeit zu erhalten und dadurch die besten Garantien für einen dauernden Frieden zu schaffen. . . .

Es ist zu bedauern, daß die Reichsregierung den jetzigen wirklich günstigen Moment verpaßt, um endlich einmal mit alten Vorurteilen aufzuräumen und eine einheitliche, gesunde und gerechte Steuerbasis für die direkte Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Reiches zu schaffen. Hätte sie den Mut gehabt: das Volk würde nicht versagt haben.“

Krieg und Frieden.

Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens, von Charles Richet, Professor an der Universität Paris. Einzig berechtigte Uebersetzung von Berta v. Suttner. Volks-Ausgabe. Verlag von Heinrich Minden. Dresden und Leipzig. Preis 1 M.

Alle Regierungen beteuern fortgesetzt ihre Friedensliebe — und die Kriegsgefahr schwebt ständig wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Völker. Die Nationen seufzen unter der Last der militärischen Rüstungen, und das Wettrüsten wird fortgesetzt in einem geradezu wahnsinnigen Tempo. Zum Christentum bekennen sich die europäischen Staaten, das seit fast zwei Jahrtausenden den Frieden auf Erden verkündet, aber immer noch steht Europa nicht im Zeichen des Friedens, sondern des Krieges. Weder die Herrschaft des Christentums, noch die zunehmende Humanität, noch das Wachsen der Zivilisation, noch die Ausbreitung der Kultur haben vermocht, die rohen Kriege zu überwinden. Die materiellen Kräfte, die zum Kriege treiben, haben sich eben stets mächtiger erwiesen als die ethischen Motive, die gegen den Krieg ins Feld geführt worden sind.

Heute sind die internationalen Konflikte im wesentlichen Konkurrenzkämpfe der internationalen Kapitalisten, und diese sind es, die zum Kriege treiben. Der Kampf gegen den Krieg muß daher notwendigerweise ein Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft sein, deren Beseitigung erst die Kriegsgefahren verschwinden läßt. Die Sozialdemokratie hat sich deshalb auch niemals an der internationalen Friedensbewegung der sogenannten „Friedensfreunde“ beteiligt, deren hervorragendste Wortführerin Berta v. Suttner ist. Marx und Engels haben, wie sie schon in der Neuen Rheinischen Zeitung vom 14. Februar 1849 sagen, die „Theorie der allgemeinen Völkerverbrüderung, die ohne Rücksicht auf die historische Stellung, auf die gesellschaftliche Entwicklungsstufe der einzelnen Völker weiter nichts will, als verödern ins Blaue hinein“, stets bekämpft. „Nicht durch bloße Phrasen und fromme Wünsche“, sagen sie, komme der ewige Frieden zustande, „sondern nur durch gründliche Revolutionen.“ Selbst der von Herrn v. Schweitzer redigierte „Sozialdemokrat“, der den Friedensfreunden viel Sympathie entgegenbrachte, schrieb am 11. August 1867: „Wir müssen es entschieden mißbilligen, wenn man den internationalen Friedensbestrebungen entgegentritt, denn sie verfolgen einen guten, einen den Volksinteressen entsprechenden Zweck. Allein wir vermögen ihnen kein großes Gewicht beizumessen, aus dem einfachen Grunde: weil der dauernde Weltfriede die natürliche Folge volkstümlicher Einrichtungen bei den Kulturnationen sein, nicht aber diesen vorangehen wird.“ Auch Bebel erklärte im Jahre 1890 auf dem Parteitag in Halle, er halte die Bestrebungen der sogenannten Friedensfreunde für aussichtslos. Und Liebknecht sagte 1891 auf dem Parteitag in Erfurt: Der Militarismus wurzele in den heutigen Verhältnissen, im System des Kapitalismus. „Wir sind nicht wie die bürgerlichen Schwärmer, die die Ursache belassen und bloß die Folgen beseitigen wollen.“

Diese Auffassung wird auch heute noch von der Sozialdemokratie vertreten, und ihre Stellung gegenüber den bürgerlichen Friedensgesellschaften, die lediglich durch eine ethische Beeinflussung der Menschen den ewigen Frieden herbeiführen wollen, ist damit gegeben.

Professor Richet, der Verfasser des vorliegenden Buches, ist der Präsident der „Société d'Arbitrage entre Nations“, und er hat im Jahre 1900 dem Weltfriedenskongreß in Paris präsidiert, er ist also einer der hervorragendsten Vertreter der Friedensfreunde. Sein sehr hübsch geschriebenes, interessantes Buch ist deshalb auch eine Zusammenfassung aller ethischen Einwände gegen den Krieg, ohne daß die eigentlichen Ursachen der Völkerverhetzung und Völkerzerfleischung dargelegt worden. Aber die Verwerfung des Krieges an sich kann ja überhaupt nur aus ethischen Motiven geschehen, und die Völkerverbrüderung ist ein ethisches Ziel, auch wenn sie von der Sozialdemokratie durch den politischen und ökonomischen Kampf erstrebt wird. Der Krieg an sich wird auch von der Sozialdemokratie rein aus ethischen Motiven verworfen. In dem am 1. März d. J. veröffentlichten Manifest gegen den Rüstungswahn, das von den Parteivorständen und den Parlamentsfraktionen der Sozialdemokratie in Deutschland und Frankreich unterzeichnet ist, wird gesagt, „die Sozialdemokratie . . . empfindet die Entscheidungen auf dem Wege der Gewalt als Barbarei und Schande für die Menschheit“, womit jeder Krieg aus dem rein ethischen Empfinden heraus verworfen wird. Wenn die Sozialdemokratie daher auch der Meinung ist, daß die Wege, die die bürgerlichen Friedensfreunde gehen, nicht zum ewigen Frieden führen, so sind sie in den Motiven gegen den Krieg im wesentlichen mit ihnen doch einer Meinung. Richets Buch enthält deshalb auch im wesentlichen Gedanken, die, zum größten Teile wenigstens, auch von jedem Sozialisten unterschrieben werden können, wie die Schlußsätze, mit denen der Pazifist Richet seine Betrachtungen schließt:

„Der Krieg ist nichts weiter als eine veraltete und wenig achtungswürdige Tradition; er ist eines jener Ueberbleibsel von Barbarei, die wir alle in uns herumtragen; denn nur eine kurze Spanne trennt uns von der Zeit, da die Menschen wilde Tiere waren. Unsere Zivilisation, die noch auf den Grundlagen des Krieges beruht, ist also ehrliche Wildheit; und der gute Wille aller denkenden Menschen muß auf ihre Wandlung gerichtet sein. Sicherlich, das Endresultat wird stets dasselbe sein; denn es ist nicht einen Augenblick zu bezweifeln, daß der Krieg nicht mehr Jahrhunderte und Jahrhunderte hindurch unausgesetzt den Fortschritt und das Lebensglück der Menschheit verhindern wird. Es ist Gewißheit, absolute Gewißheit, daß ein Tag erscheint, an dem dieser kolossale Widersinn unmöglich sein wird. Aber wenn auch das Endresultat jedenfalls das gleiche sein wird, so können wir den Augenblick jenes Eintritts durch unsere Bemühungen ebenso gut aufhalten wie beschleunigen. Indem wir für den Frieden kämpfen, können wir eine oder zwei Generationen vor dem Kriege bewahren. Das ist fürwahr eine edle Aufgabe, und es will mir scheinen, daß jeder rechtschaffene Mensch sich kaum eine schönere wählen kann.“

Nur durch den politischen Kampf der Massen wird der Krieg überwunden werden. Diese Massen gegen den Krieg zu beeinflussen, dazu dient aber auch das Buch Richets, das übrigens nicht nur interessant geschrieben ist, sondern auch ein reichhaltiges Material über den Militarismus und die Kriege enthält und dem man deshalb eine große Verbreitung wünschen kann.

K. K.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130331/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG